

Beschluss



MIT MITTELSTANDS- UND
WIRTSCHAFTSVEREINIGUNG
DER CDU NRW

des Landesvorstandes vom 17.03.2007

Reform des Landespersonalvertretungsgesetzes/Einführung eines „Personal-Einsatz-Managements“ (PEM)

1 Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU begrüßt die vom Landes-
2 kabinett beschlossene Reform des Landespersonalvertretungsgesetzes und die
3 ebenfalls beschlossene Einführung eines „Personal-Einsatz-Managements“ (PEM).
4

5 Die vorgesehenen Änderungen im Landespersonalvertretungsgesetz sind dringend
6 erforderlich, um die nötige Flexibilität bei der umfangreichen und notwendigen
7 Verwaltungsstrukturreform zu haben. Nur so ist der Behördenum- und -abbau in
8 unserem Land effektiv zu schaffen.
9

10 Die MIT weist die unsachliche Kritik an der Änderung des Landespersonalver-
11 tretungsgesetzes durch Gewerkschaften und SPD zurück. Die bisherigen
12 Regelungen der Mitbestimmung sind im Vergleich zu anderen Bundesländern über-
13 zogen. Die vorgesehenen Änderungen orientieren sich 1:1 am
14 Bundespersonalvertretungsgesetz.
15

16 Die MIT sieht keine Unzumutbarkeit darin, wenn künftig Mitarbeiter innerhalb einer
17 Behörde ohne Beteiligung der Personalräte dauerhaft umgesetzt werden können.
18

19 Die MIT begrüßt, dass der Umfang der Freistellung von Personalräten auf ein
20 vernünftiges Maß reduziert werden soll, wie dieses der Landesrechnungshof schon
21 in seinem Bericht im Oktober 2005 gefordert hatte. So sollen von 495 Freistellungen
22 im Schulbereich 160 wegfallen, in der allgemeinen Verwaltung 50 der 350
23 Freistellungen. Auch mit der reduzierten Zahl an freigestellten Personalräten ist eine
24 mehr als gute Interessenvertretung der Beschäftigten möglich. Mit den vorgesehenen
25 Anpassungen an das Bundesrecht, sind die Mitarbeiter im öffentlichen Dienst in
26 NRW nicht schlechter gestellt als in anderen Bundesländern, zugleich aber immer
27 noch besser gestellt, als im Geltungsbereich des Betriebsverfassungsgesetzes.
28

29 Die vorgesehene Einführung des Personal-Einsatz-Managements ist dringend
30 erforderlich, damit die Zahl der Landesbediensteten bis 2010 sozialverträglich um
31 12.000 Stellen reduziert werden kann. Die MIT begrüßt, dass durch die geplanten
32 Gesetzesänderungen mit Hilfe des PEM künftig Mitarbeiter leichter umgesetzt und so
33 nicht mehr notwendige Stellen besser abgebaut, gleichzeitig aber auch notwendige
34 Stellen in anderen Bereichen besser besetzt werden können.
35

36 Dieses ist zur langfristigen und nachhaltigen Sicherung der finanziellen Basis des
37 Landes NRW unverzichtbar.